Rheingauer Anzeiger.

80. Jahrgang.

Amtliches Kreis-Blatt Fernsprech-Anschluß Nr. 9

für den westlichen Teil des Rheingau-Kreises.

umfassend die Stadt- und Landgemeinden des vorm. Amtsbezirks Rüdesheim am Rhein.

Bezugspreis: vierteljährlich Mk. 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 5.80; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.— ohne Bestellgeld.

Einzige amtliche

Rüdesheimer Zeitung.

Anzeigenpreis: die kleinste (Petit) Zeile od. deren Raum 30 Pfg. Geschäftl. Anzeigen aus Rüdesheim 25 Pfg. Ankündigungen vor und hinter d. redaktionellen Teil die Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg. Beide Preise bis auf weiteres mit 25% Teuerungszuschlag.

№ 122 | Erscheint wöchentlich dreimal Dienstag, Donnerstag und Samstag. | Donnerstag, 14. Oktober. | Verlag der Buch- und Steindruckerei Bracher & Metz, Rüdesheim a. Rh. | 1920.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß Reichsdeutsche, die nach dem 10 Januar 1920 in Danzig zugezogen sind, Gesuche um Zulassung zur Beschäftigung im Wirtschaftsgebiete der Stadt Danzig an das städtische Arbeitsamt und den Herrn Demobilmachungskommissar in Danzig richten. Bei der in Danzig z. Zt. herrschenden Arbeitslosigkeit kommen bei Vermittlung von Arbeitsstellen nur solche Personen in Frage, die am 10. Januar ds. Js. in Danzig gewohnt haben und somit Danziger Staatsangehörige geworden sind. Vor dem Zugang nach Danzig wird hiermit gewarnt.

Rüdesheim, den 9. Oktober 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mülhens.

An die Magistrate und Herren Bürgermeister.

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 15. vorigen Monats (Rheing. Anz. Nr. 111, Rbg. Bürgerfrd. Nr. 114) teile ich mit, daß die Frist zur Einreichung der Anträge auf Gewährung von Beihilfen aus der Dotationsrente von 1902 bis zum 20. ds. Mts. verlängert wird. Die Anträge sind bis zu diesem Zeitpunkt bestimmt an mich einzureichen.

Rüdesheim, den 9. Oktober 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mülhens.

Der Arbeiter Johann Rudolf, Sohn des Taglöhners Franz Rudolf, wohnhaft in Eibingen, wurde wegen Uebertretung des § 18 des Feld- und Forst-Pol.-Ges. v. 1. 4 1880 (Entwendung von Birnen zum Nachteil des Seilermeisters Herrn Friedrich Büttel) mit einer Polizeistrafe von 30 Mark und den Kosten belegt.

Rüdesheim, den 8. Oktober 1920.

Die Polizeiverwaltung: Neumann.

Den Eigentümern der sogenannten Beute- und Wiedererlangungspferde, d. h. der ehemaligen Militärpferde, die von der Heeresverwaltung beim Rückzuge der Truppen an die Bevölkerung verkauft worden sind, sowie der aus Belgien und Frankreich stammenden Pferde, die die Bevölkerung des besetzten Gebietes während des Krieges angekauft hat, sollen nunmehr Entschädigungen gezahlt werden. Wer Anträge dieser Art zu stellen hat, wird aufgefordert, sich am Freitag, den 15. ds. Mts., vormittags 11 Uhr, im Rathaus — Zimmer 3 — zu melden.

Rüdesheim, den 11. Oktober 1920.

Der Magistrat: Neumann.

Tages-Ereignisse.

Berlin. — Der Reichswirtschaftsrat hat wenigstens seinen wichtigsten Ausschuß, den wirtschaftspolitischen Ausschuß aufgeboten, um sich mit den mannigfachen Sorgen auseinander zu setzen, die das Reich noch vor dem klassischen Termin der herbstlichen Parlamentseröffnung bestürmen. Die Spiritus-, Zucker- und Getreidebewirtschaftung wurde unter die kritische Lupe genommen. Man klagte über die hohen Abfindungen der Angestellten in der Spiritus-Monopolverwaltung und die Inanspruchnahme der Kartoffelvorräte durch die Brennereien. In der Zuckerfrage wies der Vorsitzende des Ausschusses auf die **Ungeheuerlichkeit** hin, daß wir im letzten Friedensjahre 1,1 Millionen Tonnen ausführen konnten, jetzt aber der Tschecho-Slowakei gegen die Zusicherung von Zuckerlieferungen zweitausend Eisenbahnwagen hingeben mußten. Der Abgeordnete Baltrusch stellte fest, daß große Mengen Kartoffeln und Getreide **verfüttert** werden, also der Bewirtschaftung auch indirekt entzogen werden, da ja die Fleischbewirtschaftung seit dem 1. Oktober aufgehört hat. Ueberall mehren sich die Anzeichen, daß die heutige Form der Bewirtschaftung nicht minder als die frühere Form die im Inland erzeugten Produkte — natürlich ungewollt — **in unerwünschte Kanäle** treibt. Das Gemisch zwischen Zwangswirtschaft und freier Wirtschaft, wie es heute Brauch ist, führt nur dazu, daß die bewirtschafteten Produkte immer knapper werden. Die Produktionsmöglichkeiten im Landbau sind beschränkt. Der Landwirt wendet sich daher in erster Linie den Kulturen zu, deren Produkte ihm den größten Nutzen lassen. Erst wenn es gelingt, den privaten Vorteil der Erzeuger mit dem Vorteile der Gesamtheit zu verquicken, werden wir die Ergebnisse erzielen, die beim heutigen Stand der landwirtschaftlichen Produktion erreichbar sind. Der Weg hierzu ist ein Abbau der Zwangswirtschaft nicht in einzelnen Wirtschaftszweigen, sondern in allen und Uebergang zum System von Mindestpflichtlieferungen unter völliger Freigabe der überschießenden Mengen.

Verbilligung des Kartoffeltransports.

Die Kartoffeln sollen vom 1. November ab **in die niedrigste Frachtklasse eingereiht** werden, um dadurch eine weiter Verbilligung des Kartoffeltransportes sicherzustellen.

Eine Verordnung gegen Abbruch und Stillegung.

Berlin, 8. Okt. Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde vom Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium gemeinsam eine Verordnung betreffend Maßnahmen gegen Betriebsabbrüche und Stillegungen vorgelegt. Die Verordnung sieht die **Anmeldepflicht** für den ganzen oder teilweisen Abbruch von Betriebsanlagen nur für ganze oder teilweise Stillegung des Betriebes vor, sofern sie mit Arbeiterentlassungen in gewissem Umfange verbunden sind. Von der Anzeige läuft die Sperrfrist, die dazu dient, den für die Durchführung der Verordnung zuständigen Demobilmachungsbehörden Gelegenheit zu geben, im Benehmen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat sowie gegebenenfalls mit den örtlichen und sachlichen Sachverständigenorganisationen Hilfsmaßnahmen zu ergreifen, um dem Abbruch bezw. der Stillegung vorzubeugen.

Die Einteilung in Wirtschaftsgebiete.

München. — Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz hatte eine Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Münchener Neuesten Nachrichten" über die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland. Er sagte u. a., daß man sich mit dem Plan beschäftige, Deutschland in Wirtschaftsgebiete einzuteilen. Bei dieser Einteilung sollten Bayerns Wünsche berücksichtigt werden. Ueberhaupt verstehe er die Eigenart Bayerns und auch die besonderen Aufgaben, die dieses Land innerhalb des Reiches habe. Die mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Handelsminister gepflogenen Unterredungen hätten ein ganz besonders herzliches Einvernehmen gezeitigt. Ueber die Kohlenfrage sagte der Minister, daß wir unter Umständen im kommenden Winter **vor außerordentliche Aufgaben** gestellt werden könnten. Bei der Kohlenversorgung werde Bayern, soweit es sich im Rahmen der Versorgung der übrigen deutschen Länder machen lasse, berücksichtigt. Bezüglich der Aufhebung der Zwangswirtschaft meinte der Minister, daß man **den Mut aufbringen müsse, diesen Sprung endlich einmal zu wagen,** wenngleich er gewisse Bedenken nicht unterdrücken könne. Ein starker Abbau der Kriegsgesellschaften sei in den letzten Monaten bereits durchgeführt worden.

Immer noch Krieg.

Bremen, 10. Okt. Der deutsche Seefahrtsausschuß hat mit Abscheu von der teilweise brutalen und unwürdigen Behandlung Kenntnis genommen, die die Kapitäne, Offiziere und Mannschaften deutscher Seeschiffe namentlich in den englischen Häfen sowohl seitens der Behörden als auch der Bevölkerung erdulden mußten. Der deutsche Seefahrtsausschuß fordert für die deutschen Seeleute in den fremden Häfen dieselben Rechte und Freiheiten, die die ausländischn Seeleute nach der Beendigung des Krieges in den deutschen Häfen genießen. Der deutsche Seefahrtsausschuß legt der deutschen Regierung dringend nahe, sofort, namentlich England gegenüber, darauf zu bestehen, daß die deutschen Seeleute sich in den englischen Häfen sowohl an Bord als auch an Land als Gleichberechtigte bewegen können. Sollte die englische Behörde diesen deutschen Forderungen keine Folge leisten, so bittet der Seeschiffahrtsausschuß, zu erwägen, ob nicht in den deutschen Häfen gegen die Mannschaften englischer Schiffe mit entsprechenden Repressalien vorzugehen ist.

Der Vizepräsident der Reichsbank über die Lage.

Brüssel, 10. Okt. (Wolff.) Havas-Reuter. Der Vizepräsident der Reichsbank, von Glasenapp, einer der Delegierten zur Finanzkonferenz, erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Etoile Belge": Die durch den drohenden Einmarsch in das Ruhrgebiet und die Lage in Oberschlesien hervorgerufene Beunruhigung ist dazu angetan, unserem guten Willen Fesseln anzulegen. Die finanzielle Lage Deutschlands ist sehr schlecht. Das Reich hat große Ausgaben zu machen. Bis jetzt ist es ihm nicht gelungen, sie durch die Einnahmen zu decken. Die Steuern sind noch nicht vollständig erhoben, aber die Regierung beabsichtigt, sie im nächsten Jahre nachzuerheben. Ich habe in dem Ausschuß, dem ich angehörte, auf die Tatsache hingewiesen, daß die deutsche Regierung keineswegs beabsichtigt, sich der vom Kriege dem Lande auferlegten finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. Die deutschen Industriellen sind eher pessimistisch, aber die Banken haben sehr große Geldepots, die in Wirklichkeit aber nur ein Kapital in Papiermark darstellen.

Vermischte Nachrichten.

© **Rüdesheim,** 13. Okt. Bei der gestrigen Ausübung des Vorschlagsrechts für die Ernennung des Landrats für den Rheingaukreis durch den Kreistag entfielen auf den kommissarischen Landrat Herrn Dr. jur. Mülhens in Mittelheim 11 Stimmen, auf Herrn Regierungsrat Scherer in Münster i. W. 8 Stimmen.

= **Rüdesheim,** 12. Okt. An den Anschlagtafeln wird von dem Magistrat „Die Entrichtung der Luxussteuer für das 3. Vierteljahr 1920" und die Verordnung des Kreisausschusses betr. „Maßnahmen gegen Wohnungsmangel" bekanntgegeben. Wir verweisen auf die bezügl. amtlichen Bekanntmachungen, welche in den Nummern 118 (v. 5. Oktober d. Js.) bezw. 121 (v. 12. Oktober d. Js) abgedruckt sind.

Steuerabzug.

Das Finanzamt schreibt uns: „Es bestehen vielfach noch Zweifel über die Abführung der mit Genehmigung des Finanzamtes von den Arbeitgebern für die Einkommensteuer von ihren Arbeitnehmern einbehaltenen Beträge. Es wird daher nochmals auf die bezüglichen Bestimmungen hingewiesen: 1. Arbeitgeber mit weniger als 100 Arbeitnehmern haben die für die Einkommensteuer einbehaltenen Beträge, unter Einsendung der vorgeschriebenen Nachweisung in zwei Ausfertigungen an die Hebestellen abzuführen, die für die Arbeitnehmer zuständig sind. 2. Arbeitgeber mit mehr als 100 Arbeitnehmern haben die für die Einkommensteuer einbehaltenen Beträge unter Einsendung der vorgeschriebenen Nachweisung, die in diesem Falle nur einseitig beschrieben werden darf und in der die Arbeitnehmer getrennt nach ihren Wohnorten aufzuführen sind, in dreifacher Ausfertigung an die für ihre Betriebsstätte oder, in Ermangelung einer solchen, an die für sie sonst zuständige Hebestelle abzuführen.

:: **Rüdesheim**, 13. Okt. Der Hauptgewinn der 4. Klasse der Preußischen Staatslotterie von M. 100 000.— fiel in die amtliche Lotterie-Einnahme des Herrn Julius Bellesheim in Bingen.

Wiesbaden. Residenz Theater. Donnerstag, 14. Okt. abends 7 Uhr: „Das Glücksmädel." Freitag, 15. Okt. abends 7 Uhr „Fräulein Puck." Samstag, 16. Okt. abends 7 Uhr: „Die Schönste von Allen." Sonntag, 17. Okt. nachm. 3 Uhr: „Schwarzwaldmädel". Abends 7 Uh: „Die Frau im Hermelin."

Wiesbaden. Staats-Theater. Donnerstag, 14. Okt. 6 Uhr: „Manon." Freitag, 15. Okt. 7 Uhr: „Minna von Barnhelm." Samstag, 16. Okt. 7 Uhr: „Die Großherzogin von Gerolstein". Sonntag, 17. Okt. 6½ Uhr: „Oberon."

Darmstadt. Hessisches Landestheater. Donnerstag, 14. Okt. 7 Uhr: „Minna von Barnhelm". Freitag, 15. Okt. 7 Uhr: „Der Wildschütz." Samstag, 16. Okt. 7 Uhr: „Schwarzwaldmädel." Sonntag, 17. Okt. 6 Uhr: „Die Zauberflöte."

Frankfurt a. M. — Ein jugendlicher Millionär. Die Sicherheitspolizei in Frankfurt verhaftete in einem Hotel einen 21jährigen Bankbeamten, der wegen seiner Geld- und Goldgeschäfte aufgefallen war. In einem Koffer fand man, sorgsam verpackt, **drei Millionen Mark** in deutschem Papiergeld, ferner sieben Kilo reines Gold, wertvolle Brillantringe usw. Das junge Finanzgenie will den Grundstock zu seinem Millionenvermögen durch Valutaspekulationen erlangt haben. Ferner wurde ein junger Mann aus Nürnberg festgenommen, der etwa eine halbe Million mit sich führte. — Der verstorbene amerikanische Bankmann Jakob Schiff hat 1 350 000 Dollar für wohltätige Zwecke ausgesetzt, davon 300 000 Dollar zur Erforschung der Taubheit und 260 000 Dollar — nach dem heutigen Stand der Valuta etwa **16 Millionen Mark — für das städtische Waisenhaus in Frankfurt a. M.**, das schon wiederholt von ihm bedacht worden ist.

Unmögliche Betriebsführung.

Ludwigshafen, 10. Okt. Die Direktion der **Badischen Anilin- und Sodafabrik** teilt mit: Wiederholt herrschten in den letzten Monaten wilde Streiks und sonstige Unruhen in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh., die weitgehendes Entgegenkommen der Werksleitung nicht zu verhindern vermochte und die vor einiger Zeit sogar zu Mißhandlungen von Mitgliedern der Direktion führten. Vor wenigen Tagen erst sah sich der Arbeiterrat selbst durch das Verhalten der Arbeiterschaft veranlaßt, ihr seinen Rücktritt bekanntzugeben und dabei auf die völlige Unhaltbarkeit der eingerissenen Zustände eindringlich hinzuweisen. Jetzt legte eine Schicht der Belegschaft der Gasfabrik in Oppau die Arbeit nieder, weil ihren Lohnforderungen nicht binnen einer halben Stunde entsprochen wurde. Die Stillegung dieses wichtigsten Teiles des Betriebes führte in kürzester Zeit zum Erliegen des Gesamtbetriebes. Die Werkleitung wurde dadurch gezwungen, die beteiligten Arbeiter sofort zu entlassen. Eine Abstimmung ergab, daß sich die große Mehrzahl der Belegschaften des Werkes mit den Entlassenen solidarisch erklärte, worauf der ganzen Arbeiterschaft des Werkes in Oppau gekündigt werden mußte, da unter diesen Umständen eine Fortführung des Betriebes unmöglich ist. Die Angestelltenschaft des Werkes stellte sich restlos auf den von der Werksleitung in dr Frage eingenommenen Standpunkt.

Für Moskau. Bei schwacher Beteiligung sind im Rheinland die Urwahlen der Unabhängigen für den Parteitag in Halle zu Ende geführt worden. Das Ergebnis für Köln ist nach der Sozialistischen Republik folgendes: 1111 für, 106 gegen **Moskau**. Einige Bezirke stehen noch aus, sie können an dem Verhältnis aber nichts mehr ändern.

Der zweite Zeppelin, L Z 113, den Deutschland Frankreich abliefern mußte, ist Samstag früh in Maubeuge eingetroffen.

„Es ist ein anderes Volk." Sven Hedin, der große Deutschenfreund, schreibt in einem Brief an Ludwig Schemann (Verfasser „Von deutscher Zukunft"): „Die Germanen liegen an den Landstraßen von Europa unter den kleinen Kreuzen. Die Germanen sind gefallen. Die Taten der Ueberlebenden sehen wir jetzt täglich. Es ist ein anderes Volk . . ."

„Viehfiologisches." Unter dieser Ueberschrift schreibt ein bekanntes Witzblatt:

„Im August hat Deutschland wieder eine erhebliche Menge Vieh, Pferde, Rinder, Schafe usw. abliefern müssen, ohne jedoch die festgesetzte Anzahl zu erreichen. Es wurden nämlich nicht abgeliefert die Ochsen, die einen Frieden mit solchen Bedingungen unterzeichneten, die Hammel, die ihn nachher gut hießen, und die Heupferde, die den Wilsonschen Verheißungen glaubten. Ferner wurden zurückbehalten die Zicken, die man bei uns täglich macht, die Sündenböcke, auf die alles geschoben werden kann."

Zustimmung und — Ablehnung.

mz. **Olten** (Schweiz), 11. Okt. Der Parteivorstand der sozialistischen Partei der Schweiz erhob mit 40 gegen 18 Stimmen folgenden Antrag zum Beschluß: Der Parteivorstand hebt den Beschluß vom April 1920 betr. den Eintritt in die Dritte Internationale auf und beantragt beim außerordentlichen Parteitag: Die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale werden, weil unerfüllbar, abgelehnt.

Ueberschwemmung in Südfrankreich.

Paris, 11. Okt. Unaufhörliche Sturzregen haben seit zwei Tagen im Süden Frankreichs bedeutenden Schaden angerichtet. Laut „Journal" kommen die Ueberschwemmungen infolge anhaltenden Regens denen vom Jahre 1900 gleich. Das Wasser treibt allerhand Material, Vieh und Bäume weg. Ganze Häuser wurden weggeschwemmt. Die Bewohner mußten flüchten. Die Post- und Drahtverbindung ist unterbrochen. Die Garonne und deren Nebenflüsse wachsen bedrohlich an. Ein Teil von Millau mußte geräumt werden. In Albi sind drei Gebäulichkeiten eingestürzt und eine Frau von 73 Jahren und ihre Tochter getötet worden. Anderweitig werden Personen vermißt. Die Lot steigt und ernste Ueberschwemmungen sind in Carreze und Aveyron zu befürchten.

Eine schwere Mordtat im Hause des Admirals Scheer.

Weimar, 10. Okt. Heute nachmittag 3 Uhr wurde in der Villa des Helden der Skagerack-Schlacht, Admiral Scheer, eine Mordtat verübt. Im Kohlenkeller der Villa wurde zunächst ein Dienstmädchen des Admirals tot aufgefunden. Im Vorkeller lag die Gemahlin des Admirals, tödlich durch einen Kopfschuß verletzt, und vor der Korridortür die 15jährige Tochter des Admirals, durch einen Brustschuß ebenfalls schwer verletzt. Admiral Scheer befand sich in einem Zimmer des oberen Stockwerkes der Villa. In einem Nebenkeller lag der Mörder, der Maler Karl Büchner, der durch einen Schuß in den Kopf sich selbst entleibt hatte. Als die Schüsse fielen, floh ein zweiter Mann aus der Villa, dem man auf der Spur ist. Der im Keller aufgefundene Mörder war für die Tat gut ausgerüstet. Er hatte das Gesicht mit Tüchern umwickelt und trug ein Rasiermesser und weißen Pfeffer bei sich. Es ist noch nicht ermittelt, ob es sich um einen Raubmord handelt, da in der Villa selbst nichts gestohlen wurde.

mz. **Weimar**, 11. Okt. Zu der Mordtat in der Villa Scheer wird noch berichtet: Die Frau des Admirals Scheer ist auf dem Transport nach dem Sophienkrankenhaus ihren schweren Verletzungen erlegen. Die Tochter des Admirals hofft man trotz ihrer schweren Verletzungen am Leben erhalten zu können. Nach dem Ergebnis der Untersuchung scheint festzustehen, daß der Mörder Büchner ursprünglich nur einen Raub geplant hatte. Büchner, der durch eine Verschüttung im Kriege sich ein schweres Nervenleiden zugezogen hatte, war vollkommen mittellos und ist wahrscheinlich dadurch zu dem Diebstahl auch veranlaßt worden. Er hatte sich in den Kellerraum eingeschlossen und war dort auf das Dienstmädchen gestoßen, das er niederschoß. Als die Frau des Admirals, der das lange Ausbleiben des Dienstmädchens auffiel, sich ebenfalls in den Keller begab, wurde sie von dem Einbrecher gleichfalls niedergeschossen und ebenso erging es der Tochter des Admirals, als diese nach ihrer Mutter sehen wollte. Im Besitze des Mörders, der als ein leicht erregter und exaltierter Mensch geschildert wird, befanden sich nur einige Pfennige. Vor kurzem hatte Büchner sich den Syndikalisten angeschlossen, wodurch die Vermutung aufgetaucht ist, es könne sich doch um ein politisches Verbrechen handeln. Diese Auffassung wird jedoch von der Polizei nicht geteilt. Die zweite Person, die kurz nach der Mordtat das Haus verlassen hatte, ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt. Es scheint sich aber um Admiral Scheer selbst zu handeln, der einen Arzt holen wollte.

Der Kampf um den Dieselmotor.

Der Botschafterrat verlangt die Zerstörung.

Berlin, 11. Okt. Von zuständiger Seite wird die Nachricht, wonach der Verband in der Frage der schnellaufenden Dieselmotoren vor Schritten steht, die unser Wirtschaftsleben schwer treffen müssen, bestätigt. Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, daß schnellaufende Dieselmotoren Kriegsmaterial seien, das zerstört werden müsse, wo immer es sich in Deutschland befinde, und daß die Anfertigung künftighin zu unterbleiben habe. Die Verbandskommission hat bereits nach dieser Richtung Untersuchungen in den deutschen Fabriken angekündigt. Diese Nachricht hat, wie bekannt, bereits vor einigen Tagen Arbeitervertretern einer süddeutschen großen Motorenfabrik Anlaß gegeben, beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig zu werden. Inzwischen haben, wie weiter von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sowohl die Motorenfabriken wie die hauptsächlichsten verkaufenden Gewerbe Stellung genommen, und im Reichswirtschaftsministerium fand eine Besprechung statt, in der die in Betracht kommenden Verbände die große Bedeutung der Sache entwickelten. Nicht nur die Dieselmotorenfabriken seien mit Arbeitslosigkeit bedroht, sondern z. B. auch städtische Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Eisenbahn-Reparaturwerkstätten, Gummi- und Porzellanfabriken, Textilfabriken und Landwirtschaft. Alle diese stünden vor erschütternden Tatsachen, wenn der Verband seinen Beschluß durchführe. Der schnellaufende Dieselmotor ist schon vor dem Kriege in diesen Friedensbetrieben in Anwendung gewesen, neuerdings hat er unter dem Einfluß der Kohlenknappheit in verstärktem Maße Eingang gefunden. Nachdem diese Kohlenknappheit sich infolge der Beschlüsse von Spa noch verschärft hat, war der Dieselmotor

die einzige Rettung

gegen Stillegung und Arbeiterentlassungen. Die Regierung würde sich vor Schadenersatzansprüche von mehreren Milliarden Mark gestellt sehen, wenn die Dieselmotoren abgebaut und zerstört werden müßten. Unter Erlaubnis des Paragraphen 189 des Friedensvertrages haben Fabriken aus abmontierten Unterseebooten Motoren in gutem Glauben für Friedenszwecke übernommen und unter erheblichen Kosten dafür hergerichtet. Der Dieselmotorenbau sieht in dem Vorgehen des Verbandes die **Vernichtung des deutschen Kraftmaschinenbaues.**

(Der von dem deutschen Ingenieur Diesel erdachte und zuerst 1897 in betriebsfähiger Form hergestellte Motor ist ein Motor für flüssigen Brennstoff (Petroleum, Paraffinöl, Braunkohlenrohöl usw.), der im Viertakt tätig ist, aber im Gegensatz zu dem mit plötzlicher Verbrennung eines Gemisches von Gas und Luft arbeitenden Verpuffungsmotor ein Gleichdruckmotor, in dem also die Verbrennung allmählich unter annähernd gleichbleibendem Druck erfolgt.)

Berlin, 12. Okt. Die deutsche Regierung hat unter Angabe von Gründen die Forderung auf Zerstörung der Dieselmotore abgelehnt.

Berlin, 12. Okt. Der **Bund der technischen Angestellten und Beamten** erläßt eine Kundgebung, worin es heißt: „Der am 9. Oktober 1920 in Berlin tagende Ausschuß des Bundes technischer Angestellter und Beamten nimmt von der Forderung des Verbandes alle in Deutschland befindlichen Dieselmotoren zu vernichten, mit Entrüstung Kenntnis. Die im Bund technischer Angestellten und Beamten organisierten Ingenieure und Techniker sind infolge ihrer beruflichen Tätigkeit ganz besonders in der Lage, die katastrophalen Folgen einer solchen Maßnahme für die gesamte deutsche Volkswirtschaft zu beurteilen."

Sozialdemokratischer Parteitag.

Kassel, 11. Okt. Der Vorsitzende Weis erstattete den Bericht des Parteivorstandes. Keine Versöhnung zwischen Sozialismus und Kapitalismus dürfe es geben. Für diesen Kampf empfand er störend die Lücke, die sich durch den Krieg in der Vorbildung der Arbeiterschaft, namentlich der jüngsten, zeige. Einst sei die deutsche Arbeiterschaft die reifste der Welt gewesen, der Nachwuchs aber habe nichts vom Sozialismus gelernt, laufe zu den Unabhängigen und lerne nichts als Schimpfen. („Wissen ist Macht" steht auf dem von den „Jüngsten" getragenen Schildern der Demonstrationszüge.) Von den Lehren der großen Führer wolle man nichts wissen, und doch gebe der tote Lassalle der Arbeiterschaft mehr, als der lebende Lenin. Man schreie unaufhörlich: Revolution, Revolution und stelle Forderungen auf, die auch

nicht durchgeführt werden könnten, wenn K. P. D. und U. S. P. D. die Mehrheit hätten. Zur Rechtfertigung der Diktatur des Proletariats berufe man sich auf Marx und Engels. Beides sei falsch. Marx habe in der Diktatur des Proletariats einen Zustand gesehen, der aus der Demokratie hervorgehen müsse, und Engels habe die demokratische Republik als spezifische Form der Diktatur des Proletariats bezeichnet. Wels rief mit besonderem Nachdruck zum

Kampf zwischen Bolschewismus und Sozialismus

mit „geistigen Waffen" auf. Er schilderte den Bolschewismus im Anschluß an die Aeußerungen Viktor Kopps als Feind alles Pazifismus, der die Revision des Versailler Friedens zusammen mit der Roten Armee mit den Waffen herbeiführen wolle. Eine solche Politik arbeite den Reaktionären in die Hand. Letzten Endes werde die kommunistische Bewegung die Revision des Friedensvertrages verhindern, sie werde **Deutschland zum Schlachtfeld Europas machen und den Sozialismus vernichten.** (Eigentlich sollte das doch, nachdem wir bis an die Zähne „mit geistigen Waffen" gerüstet dastehen, ausgeschlossen sein.) Sei es nicht zum Lachen, wenn in Baku Perser, Türken und Araber als reif für den Bolschewismus erklärt würden und mit gezogenen Schwertern zu ihm schwören dürften, während die Führer der Unabhängigen in Halle aus ihm entfernt werden sollen.

Nach der Abrechnung mit den Gegnern der Linken wandte sich Wels zu der

auswärtigen Politik.

Der heutige Völkerbund sei ein Bund der Kabinette, ein Regierungsbund, er müsse zum Bund der Völker umgestaltet werden, damit aus diesem die unblutige Weltrevolution hervorgehe.

Zu den wirtschaftlichen Aufgaben führte Wels aus: Der wirtschaftliche Wiederaufbau ist ein Weltproblem; nur eine völlige Umstellung kann die Produktion steigern. Wir brauchen die Verstaatlichung der Bergwerke und lehnen die Rathenauschen Vorschläge ab. Für Kohle, Eisen, Kali und Stickstoff, die Kraftquellen, müssen wir die Gemeinwirtschaft haben. Die Gefahr, daß durch die Verstaatlichung Millionen Arbeiter von der Regierung abhängig werden, verkennen wir nicht, namentlich nach den Erfahrungen in Rußland. Wir bekämpfen die bolschewikische Staatssklaverei wie die Lohnsklaverei, auch wenn die Sklaven gut gefüttert werden. Die Regelung der Valuta ist die Kernfrage des ganzen Problems. Die Valuta kann aber nur auf internationalem Wege stabilisiert werden. Dazu müssen die Sozialisten der Verbandsländer helfen. Deutschland allein ist darin machtlos. Das Proletariat muß die zerstörte Welt wieder aufbauen. Arbeitslohn und Arbeitszeit müssen international geregelt werden.

Zum Schluß wurde ein Antrag eingebracht, der die Arbeiter aller Länder zum

Einspruch gegen die Beschlagnahme der Dieselmotore

durch den Verband auffruft.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Kassel, 12. Okt. Die zahlreichen Anträge, die

die Frage der Regierungsbildung

betrafen, hatte der Parteivorstand in eine ihm genehme Form gegossen, die, wie die Abstimmung zeigte, auch dem Geschmack des Parteitages entsprach. Diese Entschließung lautet:

„Da das Ergebnis der Reichstagswahlen der früheren Koalition eine tragfähige Mehrheit nicht mehr gewährt, da eine nach rechts hin erweitere Koalition mit den Interessen der Arbeiterklasse nicht vereinbar war, da die U. S. P. D. sich weigerte, in eine zur Verteidigung der republikanischen Einrichtungen und zur Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften der Revolutionszeit zu bildende Regierung einzutreten, war nach den Reichstagswahlen der Austritt der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierung notwendig geworden. Der Parteitag billigt daher die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung ausdrücklich. Ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und eine pazifistische auswärtige Politik erheischen, ihn zwingend erfordern."

Diese Entschließung erhielt auf Antrag Eckstein, Breslau, noch folgenden Zusatz:

Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, kann nicht in Frage kommen.

Neueste Nachrichten.

Die Stellung der Reichsregierung zur Besoldungsordnung.

Freiburg i. Br., 11. Okt. (WB.) Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich in einem Schreiben an die Freiburger „Tagespost" über die finanzpolitische Lage und über die Stellung der Reichsregierung zur Besoldungsordnung und deren Verabschiedung geäußert, wobei er u. a. erklärte: Es handelt sich bei meiner Stellungnahme zu weitgehenden Beamtenwünschen nicht darum, dieser oder jener Gruppe, etwa aus Gerechtigkeitsgründen, eine Höherstufung noch zuzubilligen oder zu versagen, sondern ich habe sowohl in den einzelnen Ministerien gegenüber wie auch in der entscheidenden Sitzung der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß es nach meiner Auffassung gänzlich unmöglich ist im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage des Reiches, solche weitgehenden Umformungen der Besoldungsordnung noch vorzunehmen, daß außer den schon jetzt erwachsenden Mehraufwendungen von 40 Millionen, die zu den Frühjahrsaufwendungen hinzukommen, nochmals weitere Milliarden hinzutreten würden. Man möge den Finanzminister suchen, der es wagte, an den Reichstag zu treten, um jetzt, nachdem **die letzten Ziffern des Fehlbetrages** in der **ungeheuerlichen Höhe von 67 Milliarden** bekannt geworden sind, die Besoldungsordnung des Reiches noch einmal umzubauen. Ich habe nie verkannt, daß selbstverständlich nicht alle Härten der Besoldungsordnung nunmehr ausgemerzt sind. Im Besoldungsausschuß des Reichstags steht jetzt diese Angelegenheit zur Beratung, und dort ist Gelegenheit zur Beratung und den Finanzminister zur Rechenschaft zu ziehen. Jetzt liegt es bei den politischen Parteien, unter Erwägung der besorgniserregenden Finanzlage und unter Berücksichtigung der Gerechtigkeit, das Werk zum Abschluß zu bringen. Der Minister erinnert an seine Mitteilungen, die er in einer der letzten Sitzungen des gesamten Ausschusses gemacht hat, daß die Regierung für eine Besoldungsordnung, die einen gänzlichen Neuaufbau bedeute, eine Verantwortung nicht übernehmen könne. Es könne sich nur darum handeln, soweit als möglich in den Gesetzentwurf Verbesserungen hinein zu bringen. Alle Forderungen, auch die Hebung der Beamtenklassen unter den Gesichtspunkt der Gerechtigkeit zu prüfen, sei Sache des Ausschusses. Dr. Wirth spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, die noch bestehenden Härten soweit als möglich auszugleichen und das Werk der Besoldungsordnung und die ebenso schwierige Frage der Einstufung zum Abschluß zu bringen.

Rhein-Donau.

München, 13. Okt. Im Haushaltsausschuß des bayrischen Landtags teilte die Regierung auf eine Anfrage mit, daß der Ludwig-Donau—Main-Kanal am 1. April 1921 vom Reiche übernommen werde. Im Laufe der Beratungen teilte der Abg. Held mit, daß der Verband unter allen Umständen die baldige Herstellung der Rhein—Donau-Verbindung wünsche.

hmz. **Paris,** 8 Okt. Im „Echo de Paris" erklärt Marcel Hutin, die Regierung beabsichtige, alles zu versuchen, um **die Steigerung der Warenpreise zu beseitigen** und eine Preissenkung bei den unerläßlichen Verbrauchsgegenständen zu erzielen. Gestern habe in dieser Richtung eine Sitzung der verschiedenen in Betracht kommenden Ministerien stattgefunden, die sich mit der **brennenden Frage der Lebensmittelteuerung** befaßt habe. Dabei sei hauptsächlich die Fleischversorgung behandelt worden. Heute sollen im Ministerrat die Maßnahmen zur Einschränkung gewisser Verbrauchsgegenstände erörtert werden. Es seien **fleischlose Tage ins Auge gefaßt worden,** doch habe man zu keinem Entschlusse gelangen können, da die Meinungen darüber geteilt seien. Der Minister Isaac, von dem Hutin diese Mitteilungen erhalten habe, habe seine Mitteilungen mit einer Aufforderung zur Einschränkung des Fleischverbrauchs und zur Vermehrung des Fischverbrauchs geschlossen. Im übrigen werde man die Mittel prüfen, um den Fleischverbrauch einzuschränken, sei es durch Einführung fleischloser Tage oder des Verbots des Fleischgenusses bei den Abendmahlzeiten. Der Minister ist der Ansicht, daß selbst ein Mann, der viel arbeite, abends kein Fleisch brauche.

Amerika läßt sich keine Vorschriften machen.

Paris, 8. Okt. (Havas. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Senator Harding soll in einer Wahlrede erklärt haben, Amerika werde niemals einen Rat ausländischer Mächte in Genf tagen lassen, der den Vereinigten Staaten sagen werde, was sie zu tun hätten. Amerika wolle eine Rolle bei den Geschäften der Welt spielen.

Das Tor Englands nach der Außenwelt.

mz. **London,** 9. Okt. In einem Briefe an die Westminster Gazette tritt Grey der Auffassung Asquiths entgegen, wonach Irland eine ausgedehnte Selbständigkeit und das Recht gegeben werden solle, ein eigenes Heer zu unterhalten. Grey schreibt, die irischen Häfen halten unser Tor na chder Außenwelt offen, und der Schlüssel zu diesem Tor muß in London aufbewahrt werden, damit es nicht gegen unseren Willen geschlossen werden kann.

Verantw. Schriftleitung: J. L. Metz. Rüdesheim.

Zahnpraxis
Elly Lange
Rüdesheim a. Rh., Markt 13, Fernsprecher 303.
Sprechstunden von 9—12 und 2—5½
Sonntags nur auf vorherige Anmeldung.
Zahnziehen, auch schmerzlos.
Anfertigung sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.
Spez.: Moderner gaumenloser Zahnersatz.
Schonendste Behandlung.

Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Mühlgasse 7.
Lieferung gediegener
Küchen-, Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen
für **Kriegsteilnehmer** und **Minderbemittelte.**
Teilzahlung ohne Preiserhöhung gestattet.
Teilausstellung in Rüdesheim bei
Sattlermeister **W. Thomas,** Oberstraße.

Neues Lichtspieltheater
Saalbau Rölz, Rüdesheim.
Am Samstag, den 16. und Sonntag, den 17. Oktbr. 1920
gelangt zur Aufführung:
I. „Das fidele Gefängnis"
Lustspiel in 3 Akten.
II. „Das Spielzeug der Zarin"
Drama in 5 Akten. In der Hauptrolle Ellen Richter.
Beginn am Samstag pünktlich 7.30 Uhr abends.
Sonntag pünktlich von 3.00 Uhr ab durchlaufendes Programm.
Spielauer eines Programms 2½ Stunden.
Kinder haben keinen Zutritt.
Um freundlichen Besuch bittet
die Direktion.

Bruch- Ohne Operation Ohne Berufsstörung heilung
Habenicht, Spezial-Institut
Mainz, Bonifatiusstrasse 2 1/10
geöffnet
jeden Freitag von 9—1 Uhr.

Stück-, Halb-, Viertelstück- u. Fuderfässer Herbstbütten
zu verkaufen.
Bingen, Mainzerstr 4.

Lassen Sie sich nicht bemogeln!

Als „Terpentinware" oder als „aus Terpentinöl hergestellt, friedensmäßig", wird heute Schuhputz angeboten, der bis zur Hälfte und mehr aus Terpentinersatz besteht.

Absolute Garantie, dass ausschliesslich reines Terpentinöl zur Herstellung verwendet wird, haben Sie beim Einkauf von

Dr. Gentner's Schuhputz Nigrin

mit Banderole.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Es wird beabsichtigt, die im hiesigen Handelsregister eingetragenen Firmen:

Ernst Heisterhagen zu **Hattenheim**,
C. Hottenroth Wwe. zu **Johannisberg**,
A. Petry zu **Oestrich**,
W. Schieber & Co. zu **Rüdesheim**,
John Wallmach zu **Rüdesheim**,

die nach Mitteilung der Handelskammer zu Wiesbaden nicht mehr bestehen, im Handelsregister zu löschen.

Gegen diese beabsichtigte Löschung kann bis zum 31. Januar 1921 bei dem unterzeichneten Gericht Widerspruch erhoben werden.

Rüdesheim a. Rh., den 2. Oktober 1920.

Amtsgericht.

Chem. Waschanstalt u. Dampffärberei

Karl Döring, Wiesbaden

Fabrik: Drudenstraße 5 Telefon 6149 u. 5270
Läden: Weißenburgstraße 12 und Schwalbacherstraße 9

empfiehlt sich im

Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben, Teppichen, Möbel- und Dekorationsstoffen usw. Gardinen-Neuwäscherei und Spannerei.

Aufmerksame Bedienung, erstklassige Ausführung, solide Preise. Schnellste Lieferung. Trauersachen werden sofort erledigt.

Annahmestelle für **Rüdesheim**:
Herr Schneidermeister **M. Schön**, Neustrasse 12.

Annahmestelle für **Aßmannshausen**:
Herr Schneidermeister **Phil. Reutershan**, Höllenbachstr. 1.

Eine neue sichere und bequeme Versicherungsform für Postpakete

bietet Ihnen das Markensystem der „Agrippina"-Köln.

(Garantie 40 Millionen Mark)

Die Post ersetzt bei gewöhnlichen und Nachnahmepaketen höchstens Mk. 10.— pro Pfund, sie zahlt niemals einen Ersatz über den Gestehungspreis hinaus, vergütet also keinen Gewinn. Die Post haftet nach der Postordnung überhaupt nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt (Feuer, Blitz usw.), Aufruhr und Plünderung entstehen, auch dann nicht, wenn es sich um Wertpakete handelt. Dieses Risiko aber übernimmt die „Agrippina" gegen Kleben ihrer Versicherungsmarken auf den Abschnitt der Paketkarte. **Kein Versiegeln mehr! Keine Versandvorschriften!**

Auskunft erteilt

Karl Lill Wwe.,
Spedition — Versicherungen — Schiffahrt
Rüdesheim a. Rh.
Fernsprecher 308.

Rindfleisch und Fett,

das Pfund 12 Mark,

empfiehlt

Simon Nathan,
Bingen, Schmittstraße 43.

Prima
blauen Schürzenstoff

empfiehlt:

Maria Reichert,
Rüdesheim, Feldstraße.

Wir haben in dortiger Gegend ein

neues piano

lagern, welches frei geworden ist und stellen solches anderweitig

günstig zum Verkauf.

L. Lichtenstein & Co.
Frankfurt a. M.
Zeil 104.

Traubenkistchen
in jeder Größe auf Lager.

Fußbodenöl, Leinöl, Siccativ, Terpentinöl, Tüncherleim, Kreide, Gyps, Fensterkitt,

sowie alle

Oel- u. Lackfarben,
trocken und pinselfertig.
empfiehlt

J. Magnus,
Wilhelmstr., Rüdesheim.

Frau
zum **Waschen und Putzen** gesucht.
Näh. Oberstraße 1a II.

Nur für Damen!

Die neuesten **Wiener Modehefte mit Schnittmustern,** enthaltend die Herbst- u. Wintermodelle (M. 3.25) soeben eingetroffen bei

Fischer & Metz, Rüdesheim.

Eine große Kelter,

ca. 1500 Liter Maische fassend, zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

2 prima weingrüne
rheinische Halbstück

hat abzugeben

H. Hülskötter, Küferei,
Rüdesheim.

Kluge Frauen

lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate. — Nehmen sie bei **Regelstörung, Stockung** nur meine auch in verzweifelten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht und mir dankbar sein. Diskreter Vers. mit **Garantie,** vollk. unschädlich, andernfalls Geld zurück.

Wirkung in 3 Tagen.

O. Hansen, Hamburg, Weidenallee 50.

Anton Vollmer, Wiesbaden

Rheinstr. 34 Naturheilkundiger Rheinstr. 34
diplomiert an der freien Hochschule für Naturheilkunde in Berlin
ehemals Assistent berühmter Naturärzte.
Sprechzeit: Werktags 9—10, 3—5 Uhr, Sonn- und Feiertags 9—10 Uhr.
Volkstümliche Preise.

Vorschriftsmäßige
Zahlungsbefehl-Formulare

haben vorrätig

Fischer & Metz, Rüdesheim.

Weinlese.

Die Beaufsichtigung der Leser, sowie Kelterung wird übernommen.

Offerten untee **1920** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gebrauchte
Fässer

abzugeben.

Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Achtung!

Freitag, den 15. bis **Montag,** den 18. Oktbr., jew. von vorm. 8 Uhr an, verkaufe ich im **Gasthaus Zum „Bahnhof" (Altenhofen)** in **Bingerbrück**

200 beste Holsteiner Ferkel

und sehr starke

Läuferschweine

von 120 Mk. an, sowie eine Partie

Schafe.

Joh. Storch,
Schweinehandlung
und Versand
Gaulsheim.
Tel. 254.

Holsteiner **Käse** ohne Abfall schnittig wie **Tilsiter Käse,** Laibe 9—10 Pfd., pro Pfd. 10 80 in Postkolli u. Bahnrollen. Vrsd. solange Vorrat pr. Nachnahme od. Vorkasse.
Klünder & Co. Nortorf.

Buchhalter
mit best. Empfehlg. sucht Stellung in **Weinkelterei** oder Winzerei, wo ihm Gelegenh. gegeben wird, die Weinzubereitung kennen zu lernen. Off. u. **F. T. 6770 A.** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Frankfurt.**

---

40 Jahre

besteht nunmehr meine Firma. Wenn auch nicht das Alter eines Geschäftes auf seine Leistungsfähigkeit schließen läßt, so bürgt doch schon mein Name für streng reelle sowie allerbilligste fachgemäße und schnellste Bedienung.

Juwelen, Gold- und Silberwaren Und Uhren, gangbar noch nach Jahren,

Brillen und Kneifer muß Man kaufen bei

Gregorius
Bingen a. Rh. **Tel. 754**
Kirchstraße 32 (Rathausplatz)
St. Wendel und Schiffweiler.

GS